

### X3 Digitale Souveränität made in Bayern

Antragsteller\*in: Fabian Deibl

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Anträge

1 Digitalisierung prägt zunehmend alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens  
2 und ist längst Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet darüber,  
3 wie Menschen Zugang zu staatlichen Leistungen erhalten, wie wirtschaftliche  
4 Entwicklung stattfindet und wie demokratische Teilhabe organisiert wird. Dennoch  
5 bleibt Deutschland und auch Bayern in vielen Bereichen hinter den Möglichkeiten  
6 einer modernen, digitalen Gesellschaft zurück. Verwaltungsleistungen sind häufig  
7 kompliziert, langsam oder weiterhin ausschließlich analog verfügbar.

8 Anwender\*innen müssen dieselben Daten mehrfach angeben, unterschiedliche  
9 Behörden kommunizieren nur unzureichend miteinander und digitale Angebote sind  
10 oft nur fragmentiert verfügbar. Dies führt zu ineffizienten  
11 Verwaltungsprozessen, erhöhtem bürokratischem Aufwand und sinkendem Vertrauen in  
12 staatliche Handlungsfähigkeit. Darüber hinaus führen fehlende digitale  
13 Infrastruktur und unzureichende digitale Kompetenzen dazu, dass nicht alle  
14 Menschen gleichermaßen von digitalen Angeboten profitieren können. Besonders im  
15 ländlichen Raum zeigen sich in Bezug auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur  
16 weiterhin deutliche Defizite.

17 Digitale Souveränität ist dabei eine zentrale politische Herausforderung und  
18 sollte ganzheitlich gedacht werden. Staatliche Stellen sind in hohem Maße von  
19 einzelnen großen außereuropäischen Technologieanbietern abhängig, während eigene  
20 Kompetenzen und offene Infrastrukturen zu wenig ausgebaut sind. Dadurch  
21 entstehen Risiken für langfristige Handlungsfähigkeit, Datenschutz und  
22 demokratische Kontrolle.

23 Für uns als junge Generation ist klar: Digitalisierung ist kein rein technischer  
24 Prozess und darf nicht allein marktgetrieben erfolgen. Sie muss politisch  
25 gestaltet werden – mit dem Ziel, staatliche Handlungsfähigkeit zu stärken,  
26 technologische Abhängigkeiten zu reduzieren und digitale Teilhabe für alle zu  
27 sichern.

28 Die Grüne Jugend Bayern möge beschließen:

29 Die Grüne Jugend Bayern setzt sich für eine umfassende Strategie zur digitalen  
30 Souveränität und zur Modernisierung staatlicher Infrastruktur in Bayern ein.  
31 Ziel ist ein handlungsfähiger Staat, der öffentliche Dienstleistungen effizient  
32 organisiert, digitale Teilhabe ermöglicht und seine technologische  
33 Unabhängigkeit stärkt.

34 Hierfür fordern wir insbesondere folgende Maßnahmen:

35 Der Staat als digitale Plattform

36 Der Staat muss digitale Leistungen übersichtlich, zugänglich und effizient  
37 bereitstellen. Wir setzen uns daher für den Auf- und Ausbau einer zentralen  
38 digitalen Plattform ein, über die staatliche Dienstleistungen einfach und  
39 barrierefrei genutzt werden können.

40 Bereits bestehende digitale Angebote sollen systematisch ineinander integriert,  
41 weiterentwickelt und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden, um ihre Nutzung  
42 zu stärken und gleichzeitig Parallelstrukturen abzubauen.

43 Diese Plattform soll Verwaltungsleistungen strukturiert bündeln und eine sichere  
44 digitale Identifizierung gegenüber Behörden ermöglichen. Darüber hinaus soll sie  
45 als zentrale Infrastruktur für digitale Beteiligungsformate dienen und es  
46 ermöglichen, sich unmittelbar digital in demokratische Prozesse einzubringen.  
47 Neben klassischen Verwaltungsleistungen sollen auch digitale Angebote aus den  
48 Bereichen Mobilität/ÖPNV, Gesundheit und Soziales sowie kommunale  
49 Dienstleistungen integriert werden.

50 Bereits angestoßene digitale Plattformen wie BayernPortal und Das Bundesportal  
51 sollen dabei sukzessive vereinheitlicht und unter einem Dach zusammengefasst  
52 werden. Das bereits initiierte Onlinezugangsgesetz (OZG) muss in diesem Rahmen  
53 aus Anwender\*innen-Sicht gedacht werden und weniger die behördlichen Strukturen  
54 in den Mittelpunkt stellen. Um die Mehrfacherhebungen von Daten zu vermeiden und  
55 Verwaltungsprozesse zu beschleunigen, muss eine behördenübergreifende  
56 Schnittstellenarchitektur geschaffen werden. Kommunen spielen dabei als erste  
57 Anlaufstelle für die Menschen vor Ort eine zentrale Rolle in der öffentlichen  
58 Verwaltung. Deshalb muss das Land Bayern kommunale Verwaltungen finanziell und  
59 organisatorisch beim Ausbau digitaler Verwaltungsprozesse unterstützen und  
60 zentrale Verfahren verpflichtend digitalisieren. Der bereits angestoßene  
61 Digitalisierungsprozess von Verwaltungsleistungen muss dabei konsequenter und  
62 zielführender werden.

63 Bei allen digitalen Verwaltungsstrukturen müssen Datenschutz, Transparenz und  
64 informationelle Selbstbestimmung gewährleistet bleiben. Digitale  
65 Verwaltungsplattformen dürfen nicht zu einer Ausweitung staatlicher Überwachung  
66 führen! Sicherheitsbehörden sind daher von dieser Plattformstruktur auszunehmen.

67 Digitale Infrastruktur als öffentliche Grundversorgung

68 Digitale Infrastruktur ist grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche  
69 Teilhabe, wirtschaftliche Entwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse.

70 Wir fordern daher, Glasfaseranschlüsse als grundlegende Infrastrukturleistung im  
71 Rahmen einer digitalen Grundversorgung zu etablieren und insbesondere den Ausbau  
72 in ländlichen und strukturschwachen Regionen konsequent voranzutreiben. Parallel  
73 dazu muss der Ausbau moderner Mobilfunknetze als verpflichtender Bestandteil  
74 einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur sichergestellt werden. Ziel ist  
75 eine verlässliche und leistungsfähige Konnektivität für alle Menschen,  
76 unabhängig von ihrem Wohnort. Dazu gehört auch eine lückenlose Netzabdeckung  
77 entlang von Bahnstrecken und wichtigen Verkehrsachsen.

78 Das Land Bayern muss eine aktive Rolle beim Ausbau digitaler Infrastruktur  
79 einnehmen und insbesondere strukturschwache Regionen gezielt unterstützen.

80 Open Source und digitale Souveränität

81 Die öffentliche Verwaltung darf nicht dauerhaft von einzelnen großen  
82 Softwareanbietern abhängig sein. Digitale Souveränität bedeutet, dass staatliche  
83 Institutionen Kontrolle über ihre technischen Systeme behalten.

84 Wir fordern deshalb, dass nach dem Prinzip "Public Money - Public Code"  
85 öffentlich finanzierte Software grundsätzlich als Open Source veröffentlicht  
86 werden soll. In unseren Behörden und Kommunen soll Linux als  
87 Standardbetriebssystem etabliert werden. Im Rahmen der IT-Beschaffung sollen  
88 zukünftig offene Softwarelösungen stärker berücksichtigt werden. Gleichzeitig  
89 setzen wir uns für den Aufbau eines Kompetenzzentrums als strategisches  
90 Steuerungselement für digitale Souveränität ein. Diese Einrichtung soll  
91 Anwendungen im Open-Source Verfahren entwickeln, betreiben und allgemeingültige  
92 Standards für die öffentliche Verwaltung erarbeiten. Zudem kann dieses  
93 Kompetenzzentrum als beratender Partner für Kommunen und Behörden zur Seite  
94 stehen. Bereits diesbezüglich in Dienst gestellte Organisationen, wie die  
95 Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) oder das Open Data  
96 Kompetenzzentrum in Bayern "open bydata competence centre", sollen in  
97 Zusammenarbeit mit dem auf Bundesebene agierenden "Zentrum für digitale  
98 Souveränität der Öffentlichen Verwaltung" ihre Kompetenzen bündeln und ausbauen.  
99 Denn ein Staat der seine Software nicht selbst entwickeln und betreiben kann,  
100 ist kein rundum souveräner, unabhängiger Staat.

101 Offene Software und lokal verwaltete Infrastruktur stärkt daher Transparenz,  
102 Innovationsfähigkeit und langfristige Kostenkontrolle und trägt zugleich zur  
103 digitalen Resilienz und Unabhängigkeit Europas bei.

#### 104 Digitale Bildung und gerechte Teilhabe

105 Digitale Kompetenzen sind heute eine zentrale Voraussetzung für  
106 gesellschaftliche Teilhabe. Bildungspolitik muss dieser Realität endlich gerecht  
107 werden. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende digitale Grundbildung an  
108 Schulen ein, die Schülerinnen und Schüler befähigt, digitale Technologien  
109 sicher, kompetent und verantwortungsvoll zu nutzen. Gleichzeitig müssen die  
110 digitalen Angebote staatlicher Institutionen barrierefrei gestaltet werden,  
111 damit sie für alle Menschen zugänglich sind. Darüber hinaus wollen wir  
112 sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Einkommen ihrer  
113 Eltern in der Schule Zugang zu den notwendigen digitalen Endgeräten erhalten,  
114 damit Bildungschancen nicht vom Geldbeutel abhängen. Dazu gehören vor allem  
115 (ausschließlich) schulisch nutzbare Geräte wie Laptops oder Tablets. Ergänzend  
116 braucht es Informations- und Bildungsangebote für Eltern, damit auch sie im  
117 Umgang mit digitalen Medien unterstützt werden und ihre Kinder kompetent  
118 begleiten können.

119 Zum Schutz von Kindern und Jugendlichen unterstützen wir zudem strengere  
120 Regulierungen digitaler Plattformen und algorithmischer Empfehlungssysteme,  
121 insbesondere wenn diese auf manipulative oder suchtvorstärkende Mechanismen  
122 setzen. Sofern sich diese Maßnahmen als unzureichend erweisen sollten, fordern  
123 wir ein Social-Media-Verbot für Jugendliche unter 14-Jahren. Darüber hinaus  
124 braucht es mit Blick auf den Schutz unserer Demokratie klare Regeln gegen  
125 Desinformation, Radikalisierung und gesellschaftliche Spaltung. Bayern sollte  
126 sich deshalb auf allen politischen Ebenen für einen wirksamen Kinder-, Jugend-  
127 und Demokratieschutz im digitalen Raum einsetzen.

## Begründung

Deutschland und Bayern haben in den vergangenen Jahren wichtige Schritte in Richtung Digitalisierung unternommen, bleiben jedoch weiterhin hinter den Anforderungen einer modernen und digitalen Gesellschaft zurück. Viele digitale Angebote in der Verwaltung orientieren sich vor allem an Behördenabläufen statt an den Bedürfnissen der Menschen. Deshalb dauern Verfahren oft zu lange, Angebote sind Mangelware, unübersichtlich und technisch nicht gut miteinander verbunden. Eine moderne Digitalpolitik muss deshalb mehrere Ziele gleichzeitig verfolgen: Sie muss staatliche Handlungsfähigkeit stärken, bürokratische Prozesse vereinfachen, technologische Abhängigkeiten reduzieren und gleichzeitig soziale Gerechtigkeit sichern. Eine moderne, demokratische Gesellschaft ist auf eine funktionierende digitale Infrastruktur angewiesen – in Bildung, Mobilität, Arbeit und gesellschaftlicher Teilhabe.

Gleichzeitig erleben viele Menschen weiterhin digitale Hürden, etwa durch fehlende Netzinfrastruktur, mangelnde Kompetenzen oder unzugängliche staatliche Angebote. Ein handlungsfähiger digitaler Staat kann diese Herausforderungen adressieren und Ihnen wirkungsvoll entgegenreten. Durch offene Software, moderne Infrastruktur und eine konsequente Digitalisierung öffentlicher Dienstleistungen kann der Staat effizienter arbeiten und gleichzeitig demokratische Kontrolle sowie Datenschutz gewährleisten. Digitale Infrastruktur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie entscheidet mit darüber, ob alle Menschen gleichberechtigt an den Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft teilhaben können.

Bayern muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen!